

# Anforderungen an die Energiepolitik:

Tagungsbericht

## Versorgungssicherheit, Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit?

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft am 20. April 2010 in Berlin



- 2 Begrüßung  
Prof. Dr. Michael Eilfort | *Stiftung Marktwirtschaft*
- 2 Die deutsche Energiepolitik zwischen Versorgungssicherheit und Klimaschutz  
Dr. Norbert Röttgen MdB | *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit*
- 4 Die deutsche Energiepolitik aus klimapolitischer Sicht  
Bärbel Höhn MdB | *Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen*
- 6 Vom Klimawandel und seinen Ursachen  
Dr. Lutz Peters | *Autor „Klima 2055“*
- 7 Die deutsche Energiepolitik – Politikempfehlung der Wissenschaft  
Prof. Dr. Claudia Kemfert | *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, Hertie School of Governance*
- 9 Energiepolitik als europäische Herausforderung  
Andreas Renner | *EnBW AG*
- 9 Der Einfluss der Energiepolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie  
Hans Hermann Nacke | *Verband der Chemischen Industrie e.V.*
- 11 Diskussion



### Begrüßung

Prof. Dr. Michael Eilfort  
Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

„Politik ist nur selten eine Schussfahrt, meistens ist sie ein Slalom.“ Dieses Zitat von Edgar Faure gelte laut Prof. Dr. Michael Eilfort, dem Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, auch für die Energiepolitik. So stünden die „Slalomstangen“ Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz relativ weit auseinander. Doch würde vom Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen wie selbstverständlich erwartet, dass er jede dieser Slalomstangen „mit sicherem Abstand und höchster Haltungsnote“ umfahre.

Der Stiftungsvorstand freut sich, den Minister mit neuen Aussagen aus der Süddeutschen Zeitung zitieren zu können: So stehe Röttgen für „eine ökologisch gestaltende

Ordnungspolitik [...], die Umweltschutz und Ressourcenschonung zum wirtschaftlichen Eigeninteresse von Unternehmen und Bürgern macht.“ „Marktkonforme Instrumente und umweltpolitische Zielvorgaben treten [...] an die Stelle von gut gemeinter ökologischer Detailsteuerung, um den Wettbewerb als Innovationstreiber, Kostensenker und Entdeckungsverfahren für neue Technologien zu nutzen.“

Eilfort betont, diese Aussagen könnten auch von der Stiftung Marktwirtschaft stammen, dies erleichtere es ihm, sich inhaltlich zurückzuhalten, weil er für den ausgefallenen Dr. Josef Joffe die Moderation übernehmen müsse.

# Die deutsche Energiepolitik zwischen Versorgungssicherheit und Klimaschutz

Dr. Norbert Röttgen MdB | Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Die zentrale These von Dr. Norbert Röttgen MdB, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, besteht darin, dass die im Veranstaltungstitel genannten drei Anforderungen an die Energiepolitik (Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Klimaschutz) keine Gegensätze seien, sondern im Rahmen einer mit technologischer Modernisierung einhergehenden ökologischen Ordnungspolitik gut miteinander verbunden werden könnten. Es handele sich folglich sogar um eine „Win-win-win-Situation“.

Zunächst beschreibt Röttgen den globalen ökonomischen Trend „des Wechsels einer auf Ressourcenverbrauch basierenden Wirtschaftsweise hin zu einer ressourcenschonenden und effizienten Wirtschaftsweise“. Dieser Trend sei zwingend, weil die knappen Ressourcen von immer mehr Menschen nachgefragt würden. Die auf Ressourcenverbrauch basierende Wachstumsentwicklung der Vergangenheit einfach fortzusetzen sei nicht möglich. Um den

noch künftiges Wachstum und Wohlstand zu garantieren, müsse ein Umdenken hin zur Bewahrung der Natur erfolgen, was auch aus einer christlichen Grundüberzeugung heraus erstrebenswert sei. Der Minister erteilt jedoch dem Verzicht als Strategie eine Absage: „Die eine oder andere Lebensweise kann man überdenken, im Kern aber ist eine ressourcenschonende und effiziente Wirtschaftsweise eine technologische Herausforderung und Gewinnerstrategie.“ Er berichtet über seine am selben Morgen gemachten Beobachtungen auf der Hannover Messe zu den Fortschritten deutscher Unternehmen bei Energie- und Materialeffizienz: „Das ist der Grund, warum wir im boomenden Markt der Umwelttechnologien Weltmarktführer sind.“ Der in Gang gesetzte Transformationsprozess sei eine technologisch-industrielle Revolution mit neuen Wertschöpfungsketten, Arbeitsplätzen und Märkten. Dabei stelle sich auch die Systemfrage – nämlich ob die auf Akzeptanz und Diskussion basierenden westlichen Demokratien ebenso schnell





und anpassungsfähig auf die neuen Gegebenheiten reagieren könnten wie autoritäre Systeme (z.B. China).

Auch das den Industriestaaten zur Verfügung stehende CO<sub>2</sub>-Emissionsbudget könne laut Röttgen als Ressource betrachtet werden. Das aus Klimaschutzpolitischer Sicht nicht zu überschreitende Maß an CO<sub>2</sub>-Emissionen sei durch das 2°C-Ziel implizit festgelegt, so dass es unmittelbar zur Anwendung des Prinzips der Ressourcenknappheit kommen müsse. Für die Industriestaaten bestehe somit die Notwendigkeit, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95% zu reduzieren. Angesichts dieser Zahlen betont Röttgen: „Nicht De-Industrialisierung ist mein Vorschlag zum Klimaschutz, sondern wirtschaftliches Wachstum durch Klimaschutz.“ Da das verbleibende CO<sub>2</sub>-Emissionsbudget für die Industrie, z.B. in den Bereichen Zement, Aluminium und Stahl, reserviert werden solle, müsse die Energieversorgung praktisch CO<sub>2</sub>-frei organisiert werden – wenn man als Handlungsstrategie den „Gegenwartsegoismus“ verwerfe. Anstatt einfach so weiterzumachen wie bisher plädiert Röttgen dafür, die Verantwortungspflicht gegenüber Kindern und Enkelkindern anzuerkennen und deswegen langfristige energiepolitische Strukturen für die nächsten 40 Jahre zu schaffen. Nur so könne die Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Denn im Gegensatz zu einer Finanzmarktkrise könne bei einer „Ökokrise“ kein kurzfristiges Rettungspaket geschnürt werden, weil die Systeme zu träge und langsam arbeiteten. Deswegen spricht Röttgen von einer besonders anspruchsvollen demokratischen Herausforderung, da „die Lebensbedürfnisse und Perspektiven der nächsten Generationen zum Maßstab der heutigen politischen Entscheidungen gemacht werden müssen.“

Kernenergie diene Röttgen zufolge nur als „Brücke“, weshalb man zwar über eine Laufzeitverlängerung reden könne. Einen Neubau von Kernkraftwerken schließt der Minis-

ter jedoch aus. Um die Kernenergie mit ihrem derzeitigen Anteil an der Stromerzeugung von 23% zu ersetzen, seien die erneuerbaren Energien geeignet, die im Jahr 2009 bereits 16% der Stromerzeugung ausgemacht hätten und in zehn Jahren auf einen Anteil i. H. v. 30% kommen könnten. Ziel sei die Energieversorgung durch erneuerbare Energien in maximalem Umfang. Zu diesem Zweck betont Röttgen die notwendige Rolle der Ordnungspolitik: „Diese Wachstumsvorstellungen zu realisieren, wird nicht ohne eine Rahmen setzende Ordnungspolitik erfolgen. Der Markt allein wird nicht rechtzeitig die Technologien generieren, die entwickelt werden müssen, um die Energieversorgung langfristig, sicher und wettbewerbsfähig zu organisieren.“

Die Entscheidungen für die künftige Energiepolitik seien zwingend in der Gegenwart zu treffen: „Wer sich heute entscheidet, ein Kohle- oder Kernkraftwerk zu bauen oder auch in den Netzausbau für regenerative Energien zu investieren, der entscheidet sich für Milliardeninvestitionen, die einen Zeitraum von Jahrzehnten benötigen, bis sie amortisiert sind.“ Konkret formuliert Röttgen vier Bestandteile seiner Energiepolitik:

Erstens müsse der Staat verstärkt auf dem Gebiet der Forschungsförderung aktiv werden. So sei es z.B. auf dem Gebiet der Elektromobilität für eine Markteinführung noch zu früh. Hier müsse der Staat die Unternehmen durch technologieoffene Forschungsförderung, z.B. bei der Batterietechnik, unterstützen.

Zweitens sei das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) ein notwendiges Instrument – allerdings „im ordnungspolitischen Verständnis als Markteinführungshilfe und nicht im fehlerhaften Verständnis eines Dauersubventionstatbestands“. Röttgen betont dabei die Notwendigkeit, dass erneuerbare Energien sich im Wettbewerb am Markt be-

haupten müssten. Bereits heute seien die erneuerbaren Energien mittelständisch geprägt, so dass sie mit wachsendem Marktanteil die vorherrschende oligopolistische Struktur des Energiemarktes aufbrechen könnten. Um den Wettbewerb zu stärken, sei es außerdem notwendig, die Photovoltaik-Fördersätze anzupassen. Dies erfolge sowohl im Interesse der Stromverbraucher als auch im Interesse der Gesellschaft, da bei einer Dauersubventionierung der Innovationsanreiz wegfallen und vorhandene Strukturen konserviert würden. Stattdessen müsse der Markteintritt zusätzlicher Wettbewerber ermöglicht werden.

Die dritte strategische Weichenstellung für den Ausbau der erneuerbaren Energien sei der Ausbau der Netze in qualitativer und quantitativer Hinsicht. Röttgen skizzierte die Herausforderung, den Strom aus Offshore-Windanlagen aus Nord- und Ostsee aufs Land zur Mehrheit der industriellen Abnehmer und Verbraucher zu bringen. Intelligente, IT-gestützte Netze („smart grids“) seien hierfür vonnöten, die die Steuerung des Verbrauchs ermöglichen. Für den fluktuierenden Strom aus erneuerbaren Energien würden zudem Speichertechniken und -kapazitäten benötigt. Eine dreistellige Milliardeninvestition sei für den gesamten Netzausbau notwendig. Die Politik sei bei der Setzung der regulatorischen Rahmenbedingungen gefordert.

Als vierten Bestandteil der Energiepolitik spricht der Bundesumweltminister die Notwendigkeit eines komplexeren, schnell regulierbaren Kraftwerksparks an, der die fluktuierenden regenerativen Energien ideal ergänze. Moderne Gasturbinen mit einem hohen Wirkungsgrad seien eine Alternative, Kernenergie als Brücke eine andere: „Ich glaube, dass Rot-Grün die Jahreszahl 2020 für den Atomausstieg nicht berechnet hat im Sinne eines ökonomischen Stromversorgungskonzeptes. Es war ein politisches Symboldatum.“

Hier setzt Röttgen mit seinem sich derzeit in Arbeit befindlichen energiepolitischen Konzept an, um eine fundierte Antwort auf die Frage zu bekommen, wie die Brücke aus der konventionellen Stromversorgung hin zu den erneuerbaren Energien ausgestaltet werden müsse, deren Vorrang für ihn unzweifelhaft ist. Neben ihrem Beitrag zum Klimaschutz preist er ihre langfristige Versorgungssicherheit und betont, dass es eine hohe globale Nachfrage nach Technologien der erneuerbaren Energien und der Energie- und Ressourceneffizienz gebe: „Unser ökonomisches Eigeninteresse leitet sich daraus ab, diesen Hunger durch Produkte zu befriedigen, die bei uns entwickelt worden sind und für die wir weltbekannt sind und bei denen unser guter Ruf in einer neuen industriellen Revolution bestätigt werden kann – zum Wohle des Klimas, aber eben auch als alternative wirtschaftliche Wachstumsstrategie.“

# Die deutsche Energiepolitik aus klimapolitischer Sicht

**Bärbel Höhn MdB | Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen**

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Bärbel Höhn, stellt fest, dass es in Deutschland mittlerweile einen weitgehenden gesellschaftlichen Konsens über die klimapolitischen Ziele gebe, nicht jedoch über die erforderlichen Wege. Die Bundesregierung stehe darüber hinaus mit ihrer praktischen Politik aus Sicht der Grünen in fundamentalem Widerspruch zu den selbsterklärten Zielen, was Höhn anhand von drei Aspekten festmacht.

Der erste Widerspruch bestehe laut Höhn zwischen den propagierten Klimaschutzziele und dem Bau neuer Kohlekraftwerke. Sie verweist auf ihren Vordränger, Bundesumweltminister Röttgen, der von einer angestrebten CO<sub>2</sub>-Reduktion i. H. v. 80 bis 95% gesprochen habe. Ginge man im Sinne der Wissenschaft von einer notwendigen Reduktion i. H. v. 95% bis 2050 aus, so bedeute dies, dass Deutschland dann noch 50 Millionen Tonnen zur Verfügung habe. Allein die zwölf neuen Kohlekraftwerke, die schon in Bau seien und aus Wirtschaftlichkeitserwägungen min-

destens 40 Jahre lang laufen müssten, würden 2050 jedoch zusammen bereits 70 Millionen Tonnen Emissionen verursachen – mehr als dem ganzen Land zur Verfügung stünde. Höhn rechnet vor, dass diese zwölf Kohlekraftwerke zusammen mit dreizehn weiteren, in Planung befindlichen Kohlekraftwerken im Jahr 2050 sogar 155 Millionen Tonnen ausstoßen würden. Selbst bei einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um „nur“ 80% müsse fast der gesamte CO<sub>2</sub>-Ausstoß ausschließlich für die Kohlekraftwerke reserviert werden. Doch die anderen Wirtschaftsbereiche, z.B. Flugverkehr, Stahlproduktion und Landwirtschaft, könnten ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht plötzlich auf null setzen.

Und auch der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung (CCS) räumt Höhn wenig Chancen ein, zur maßgeblichen CO<sub>2</sub>-Reduktion beizutragen, weil diese erstens in der Bevölkerung nicht akzeptiert werde, zweitens extrem teuer sei, drittens einen noch höheren Kohleverbrauch implizieren würde und viertens erst 2025 zur Verfügung stünde, zumal die heute gebauten Kraftwerke nicht nachgerüstet werden



Bärbel Höhn MdB

könnten. Aus diesen Gründen sei die derzeitige Planung von Kohlekraftwerken nicht nachhaltig. Auch die Argumentation, dass der Emissionshandel den CO<sub>2</sub>-Ausstoß automatisch begrenze, egal wie viele Kohlekraftwerke gebaut würden, überzeugt Höhn nicht: „Ich habe Minister Gabriel noch erlebt, wie er um den Emissionshandel und um seine Kohlekraftwerke gekämpft hat. Meine Erfahrung zeigt, dass, wenn am Ende die Kohlekraftwerke gegen den Emissionshandel stehen, eher der Emissionshandel Beulen bekommt als die Kohlekraftwerke.“

Den zweiten Widerspruch in der Energiepolitik der Bundesregierung sieht Höhn zwischen Kernenergie und erneuerbaren Energien. Sie nimmt Bezug auf Röttgens Ausführungen und stimmt ihm zu, dass ein größerer Anteil erneuerbarer Energien mit flexiblen Kraftwerken und Speichern einhergehen müsse. So seien ihrer Meinung nach Gaskraftwerke mit hohen Wirkungsgraden eine gute Ergänzung für die erneuerbaren Energien, während sich Atomkraftwerke deutlich schlechter zur Ergänzung eignen. Häufiges Hoch- und Runterfahren der Atomkraftwerke führe nämlich zu einer Versprödung des Materials und damit zu Sicherheitsproblemen – insbesondere bei einer Laufzeitverlängerung, da die Kraftwerke nur auf einen bestimmten Zeitraum angelegt seien. Höhn zitiert den Bundesumweltminister, der einmal gesagt habe, dass große Mengen Atomstrom nicht mit großen Strommengen aus erneuerbaren Energien zusammenpassten. Diese Aussage stehe im Widerspruch zum Vorhaben der Bundesregierung, Laufzeitverlängerungen bis zu 28 Jahren zu prüfen. Höhn weist auf die Konsequenzen einer Laufzeitverlängerung für die Energiewirtschaft hin: „Wir müssen uns nicht wundern, wenn 14 von den 15 Offshore-Windparks, die bis 2009 in Bau gehen sollten, eine Fristverlängerung bis Ende 2011 beantragt haben. Da stocken die Investitionen, weil die Energiekonzerne natürlich erstmal abwarten, ob sie ihre Laufzeitverlängerung bekommen.“

Den dritten Widerspruch in der Energiepolitik der Regierung sieht Höhn zwischen Worten und Taten. Sie greift das

von Röttgen angesprochene Thema Energieeffizienz auf und verweist auf die entsprechende EU-Richtlinie. Zwar würde die Bundesregierung viel versprechen, doch wurden die EU-Vorgaben hierzulande bislang nicht umgesetzt, weil sich Umwelt- und Wirtschaftsministerium nicht einig würden. Deswegen wurde jetzt ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Die vorliegenden Ministeriumsvorschläge bezeichnet Höhn als „mickrige und magere Halb-zu-Eins-Umsetzung“. Sie weist darauf hin, dass Energieeffizienz zu Recht als „der schlafende Riese des Klimaschutzes“ bezeichnet werde und den Schlüssel zur Lösung des Klimaschutzproblems darstellen könne. Das unglaubliche Arbeitsplatzpotential in diesem Bereich werde beispielsweise von Japan, Südkorea und China erkannt. Deutschland müsse achtgeben, dass es hier nicht eine große Chance vertue.

Die neuen Märkte im Energiebereich müssten jedoch noch angestoßen werden. Hier sieht die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen die Rolle der Politik, welche die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen setzen müsse. Sie betont die entscheidende Rolle der kreativen und mutigen Unternehmen sowie des Wettbewerbs, der auf dem Energiemarkt noch zu wünschen übrig lasse: „Wir haben vier Oligopolisten, die bestimmen den Markt. Wenn wir über Energiepreise reden, zeigen mehrere Studien, wie hoch hier die Marge ist und dass dieses Oligopol zu hohen unfairen Energiepreisen in Deutschland anbietet.“ Zudem habe das Bundeskartellamt darauf hingewiesen, dass eine Laufzeitenverlängerung eine weitere Stärkung dieses Oligopols bedeute. Höhere Investitionen in erneuerbare Energien führten dagegen automatisch zu mehr Wettbewerb.

Höhn fordert abschließend eine Versöhnung von Ökonomie und Ökologie: Exportchancen, neuer Wohlstand und neue Jobs im Rahmen eines „Green New Deal“ bildeten die zu ergreifende Chance – „und das nicht nur zum Wohle für Deutschland, sondern zum Wohle der ganzen Welt, weil wir mit modernen ökologischen Produkten auch viel für den Klimaschutz tun können“.



# Vom Klimawandel und seinen Ursachen

Dr. Lutz Peters | Buchautor

„Ich bin froh, dass ich nun eine Viertelstunde Zeit habe, Sie von den Ängsten des Klimawandels zu befreien, Herr Bundesumweltminister.“ Mit dieser programmatischen Ansage beginnt Dr. Lutz Peters, Buchautor, seinen Vortrag, in welchem er sich mit den physikalischen und chemischen Hintergründen der Klimawandel-Diskussion befasst. Von 1850 bis heute werde eine Klimaerwärmung von etwa  $0,6^{\circ}\text{C}$  gemessen. Durch die Industrialisierung sei der  $\text{CO}_2$ -Gehalt in der Atmosphäre von 280 Teilen pro Million (ppm) auf 380 ppm gestiegen. Mit zunehmendem Bevölkerungswachstum werde der Verbrauch fossiler Energieträger steigen und somit auch mehr  $\text{CO}_2$  in die Atmosphäre freigesetzt werden. Dies sei unbestritten. Doch teilt Peters die in der Öffentlichkeit vorherrschende Auffassung des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change) nicht, dass der  $\text{CO}_2$ -Gehalt das Klima beeinflusse: „Die Meinung des Weltklimarats ist außerordentlich anfechtbar. Ich glaube nicht, dass die Polkappen in 100 Jahren schmelzen und wir in den Fluten ertrinken werden. Wir werden auch nicht von Stürmen weggeblasen werden.“

Zur Illustration seiner Thesen erläutert Peters zunächst die Zusammensetzung der Atmosphäre aus Stickstoff, Sauerstoff und den Treibhausgasen Kohlendioxid, Methan, Lachgas und Wasserdampf, wobei letzterer einen Anteil von 95% an den Treibhausgasen ausmache. Die Treibhausgase besäßen dabei die bemerkenswerte Eigenschaft, die von der Erde reflektierte Sonnenstrahlung in Form von Wärme zu absorbieren. Ohne die Existenz der Treibhausgase läge die globale Durchschnittstemperatur bei  $-18^{\circ}\text{C}$ , also  $33^{\circ}\text{C}$  niedriger als die derzeitigen  $+15^{\circ}\text{C}$ , und die Erde wäre ein „unbewohnbarer Schneeball“. Die zentrale Frage sei nun: Wie stark erhöht die gestiegene  $\text{CO}_2$ -Konzentration die globale Durchschnittstemperatur? Um diese Frage zu beantworten, greift Peters auf die Wärmestrahlungsabsorption des Kohlendioxids in der Atmosphäre zurück. Das  $\text{CO}_2$  könne bei einer Verdopplung der Konzentration immer

nur den gleichen Prozentsatz der Durchschnittstemperatur aufnehmen. Jede neu hinzugefügte Einheit  $\text{CO}_2$  trage somit weniger zur Erwärmung bei als die vorige Einheit, da es sich um einen logarithmischen Zusammenhang handle. Peters rechnet vor, dass bei einer Verdopplung der  $\text{CO}_2$ -Konzentration von 280 ppm auf 560 ppm (der Vorhersage des Weltklimarats für das Jahr 2025) die Temperatur um  $0,3^{\circ}\text{C}$  steigen würde. Sollte die Bevölkerung und der Energieverbrauch in den darauffolgenden hundert Jahren weiterhin so stark ansteigen, dass sich die  $\text{CO}_2$ -Konzentration nochmals verdoppele auf dann 1120 ppm, so würde die Temperatur wiederum nur um  $0,3^{\circ}\text{C}$  steigen.

Vor diesem Hintergrund fragt Peters: „Wie kann es sein, dass es sich tatsächlich um niedrige, vernachlässigbare Temperaturveränderungen handelt und die Politik uns eine völlig andere Geschichte erzählt?“ Außerdem sei die Wärmestrahlungsabsorption in wenigen hundert Metern in der Atmosphäre bereits zu 98,5% abgeschlossen. Würde nun die  $\text{CO}_2$ -Konzentration in der Atmosphäre verdoppelt, dann würde die Absorptionsfähigkeit nur noch einmal um die Hälfte der verbleibenden Differenz zu Hundert zunehmen, also von 98,5% auf 99,25% steigen. Dies würde praktisch zu keiner Veränderung der Atmosphäre beitragen.

Der Weltklimarat würde indessen nicht nur mit einer primären Temperaturveränderung von  $0,8^{\circ}\text{C}$  anstelle von  $0,3^{\circ}\text{C}$  rechnen – diese Temperaturveränderung wird in den Berechnungen des Weltklimarats durch bestimmte Rückkopplungsmechanismen sogar deutlich erhöht auf eine Spanne zwischen  $1,2$  und  $4,5^{\circ}\text{C}$ . Diese Rückkopplungsmechanismen funktionieren so, dass durch die Temperaturerhöhung die Bildung von Wolken und Wasserdampf stattfindet. Diese absorbieren wiederum Wärme, wodurch es zu einer zusätzlichen Erwärmung kommt. Die zentrale Behauptung des Weltklimarats, dass die Erwärmung anthropogen, also durch menschliche Einwirkung, verursacht

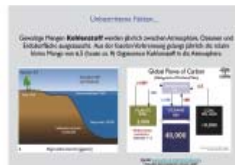


sei, stützt sich auf die Korrelation zwischen Temperaturanstieg und zunehmender CO<sub>2</sub>-Konzentration in den letzten 150 Jahren. Peters stellt jedoch in Frage, dass die CO<sub>2</sub>-Konzentration tatsächlich für die Temperaturveränderung verantwortlich sei. Um zu zeigen, dass eine Korrelation zweier Kurven nicht unbedingt einen logischen Zusammenhang der zugrundeliegenden Größen bedeuten muss, präsentiert Peters eine Korrelation zwischen Sonnenzyklen und den Temperaturabweichungen im Zeitraum von 1865 bis 1995, die eine auffällige Übereinstimmung der beiden Kurven zeigt, ohne dass der Referent von einem begründeten Zusammenhang ausgeht.

Peters bezieht sich zudem auf die sogenannte Hockeystick-Kurve, die darstelle, dass das 20. Jahrhundert wärmer gewesen sei als alle Jahrhunderte zuvor, in welchen sich die Temperaturen nicht wesentlich geändert hätten. Anhand eines alternativen Datensatzes basierend auf den Isotopenverhältnissen in Relikten von Meereslebewesen in Tiefseeablagerungen zeigt Peters außerdem auf, dass es gegen 1100 eine deutliche Wärmeperiode gegeben hätte, die von einer „kleinen Eiszeit“ um 1500 bis 1600 herum abgelöst worden sei, welche sich z.B. in den vielfach abgebildeten Eislandschaften auf holländischen Gemälden widerspiegeln. Zudem weist Peters darauf hin, dass es in den letzten 12.000 Jahren, seit dem Ende der letzten Eiszeit, bei völlig gleichbleibender CO<sub>2</sub>-Konzentration regelmäßig leichte Temperaturschwankungen gegeben habe – und zwar um deutlich mehr als die seit 1850 zu

beobachtenden 0,6°C. Dieser Anstieg bringe die globale Durchschnittstemperatur gerade einmal zurück auf den Durchschnitt der letzten 3.000 Jahre. Daraus schließt Peters, dass die angeblich anthropogen verursachte Temperaturerhöhung von 0,6°C so natürlich sei wie die Schwankungen zuvor.

In Bezug auf die in der Öffentlichkeit viel diskutierte drohende Erhöhung des Meeresspiegels spitzt Peters zu: „Das Katastrophenszenario des Weltklimarates sagt ja im Wesentlichen, wenn sich die Erde aufgrund der zunehmenden CO<sub>2</sub>-Konzentration weiter erwärmt, werden wir, unsere Enkel und die Enkel unserer Enkel eines Tages in den Fluten ertrinken.“ Tatsächlich sei der Meeresspiegel seit dem Ende der letzten Eiszeit auch um 120 Meter gestiegen. In den letzten 6.000 Jahren allerdings sei die Veränderung nur noch sehr gering. Sie finde zwar weiterhin statt, aber betrage alle hundert Jahre etwa 18 Zentimeter. Deswegen läge der Schluss nahe, dass der Meeresspiegel auch in den nächsten hundert Jahren unabhängig von Temperaturveränderungen nur geringfügig steigen werde. Peters schließt seine Ausführungen deswegen mit der Hoffnung, dem zuhörenden Bundesumweltminister Röttgen manche Sorge genommen zu haben.



Der Foliensatz von Dr. Lutz Peters ist ebenso wie die Präsentationen der anderen Referenten auf unserer Homepage abrufbar unter:

[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)

## Die deutsche Energiepolitik - Politikempfehlungen der Wissenschaft

Prof. Dr. Claudia Kemfert | Leiterin der Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Professorin an der Hertie School of Governance

„Wir stehen vor zwei wesentlichen Herausforderungen: zum einen der Klimawandel und zum anderen eine sichere, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energieversorgung,“ stellt Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Professorin für Energiewirtschaft und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance, fest. Auch wer den Klimawandel in Frage stelle, komme an der Begrenztheit der fossilen Ressourcen nicht vorbei.

Die nächsten 10 bis 20 Jahre stellen ihrer Ansicht nach ein wichtiges Zeitfenster für die deutsche Energiepolitik dar. Aus politischen Gründen soll aus der Kernenergie ausgestiegen werden und gleichzeitig geht die Hälfte der Kohlekraftwerke aus Altersgründen vom Netz. Insgesamt seien

Ersatzinvestitionen in Höhe von 40 Gigawatt zu leisten, damit keine Versorgungslücke entstehe. Worin soll stattdessen investiert werden? Bei einer Investition in Kohlekraftwerke würden diese für die nächsten 60 Jahre erhebliche CO<sub>2</sub>-Emissionen produzieren – im Gegensatz zu Kernkraftwerken. Kemfert meint: „Es gibt keinen Konflikt zwischen Kernenergie und erneuerbaren Energien wenn, wie geplant, alte Kohlekraftwerke vom Netz gehen und keine neuen gebaut werden.“ Gaskraftwerke seien in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplung interessant, besäßen jedoch hohe Installations- und Folgekosten.

Die erneuerbaren Energien seien ein wichtiger Faktor für das künftige Energiesystem: „Es ist nicht die Frage, ob wir erneuerbare Energien brauchen, sondern die Frage wie viel Zeit wir zur Umstellung des Energiesystems be-



Prof. Dr. Claudia Kemfert

nötigen. Aus meiner Sicht geht es nicht ganz so schnell, wie sich die Grünen das wünschen.“ Die erneuerbaren Energien böten neben dem Klimaschutz weitere Vorteile, wie die Versorgungssicherheit, die Reduzierung von Energieimporten sowie Wettbewerbsvorteile auf dem international boomenden Markt. Kemfert bezeichnet die Verbindung zwischen Elektromobilität und erneuerbaren Energien sogar als „Traumpaar“. Denn besonders attraktiv werde Elektromobilität erst, wenn der Strom CO<sub>2</sub>-frei aus erneuerbaren Energien erzeugt werde. Dann könnten die Batterien der Elektroautos als dezentrale Stromspeicher genutzt werden und die Volatilität der Energieerzeugung ausgleichen. In diesem Zusammenhang weist Kemfert auch auf die Bedeutung innovativer Dämmung, effizienter Gebäudetechnik und innovativer Steuerung hin und stellt fest: „Jedes Haus der Zukunft wird mehr Energie erzeugen als verbrauchen.“ Der Bereich der „smart grids“ werde von den Energiekonzernen allerdings aus ihrem Eigeninteresse heraus ausreichend forciert, hier müsse die Politik nicht eingreifen.

In anderen Bereichen sei die Politik umso mehr gefordert: „Es geht jetzt darum, Fehlinvestitionen zu vermeiden – und zwar in einer Größenordnung von bis zu 100 Milliarden Euro.“ Kemfert weist eindringlich darauf hin, dass die jetzigen Investitionsentscheidungen eine Festlegung der Energiestruktur der nächsten Jahrzehnte beinhalten: „Wenn wir jetzt Kohlekraftwerke bauen, werden die uns 40 bis 60 Jahre lang mit Strom versorgen.“ Die politisch umstrittene CCS-Technologie sei noch nicht reif und vermindere die Effizienz der Kraftwerke. Kemfert ist der Ansicht, dass es für Deutschlands Energieversorgung besser wäre, von vorneherein die CO<sub>2</sub>-Produktion zu vermeiden und keine neuen Kohlekraftwerke zu bauen. Anwendungsbedarf gebe es dagegen in der Industrieproduktion, z.B. bei der Stahlherstellung. Auch in wachsenden Volkswirtschaften wie China mit hohen Kohlevorkommen und enormem Energiebedarf könne die CCS-Technologie für die Energieversorgung durchaus sinnvoll sein.

Weiterhin wichtig sei eine Förderung der erneuerbaren Energien. Kemfert betont: „Es darf zwar keine Dauersub-

ventionierung geben, doch haben wir noch einen weiten Weg zu gehen, wenn wir bei diesen Technologien weiterhin führend sein wollen.“ Sie befürwortet die Reduzierung der EEG-Fördersätze, plädiert aber dafür, dieses Instrument prinzipiell beizubehalten.

In Bezug auf die Förderung nachhaltiger Mobilität spricht Kemfert von der Notwendigkeit ordnungspolitisch stabiler Rahmenbedingungen. „Eine strategische Koalition zwischen Regierung und Konzernen“ sei wünschenswert und werde von der jetzigen Regierung auch in Angriff genommen. Dazu gehörten neben den Automobilunternehmen auch Energie- und IT-Konzerne. Für die Überbrückungszeit sei der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und die Förderung alternativer Kraftstoffe erforderlich.

Kemfert befürwortet eine Verlängerung der Laufzeiten der sicheren Atomkraftwerke, um Zeit für den Übergang hin zu den erneuerbaren Energien zu gewinnen. Die Entscheidung zwischen Kernenergie und Kohle sei wie die „Wahl zwischen Pest und Cholera“. Beide Technologien besäßen Probleme, aber unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes überwögen die Vorteile der Kernenergie. Bei einer Laufzeitverlängerung müsse man die Energiekonzerne selbstverständlich auch in die Pflicht nehmen. So könne das Energiekonzept der Regierung für die nächsten Jahrzehnte zum einen aus einer Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke bestehen, während zum anderen die Infrastruktur für eine dezentrale Energieversorgung und die Elektromobilität weiter ausgebaut werde.

Schließlich plädiert Kemfert für die Einführung eines eigenständigen Energieministeriums und weist darauf hin, dass neben dem Umweltministerium auch Wirtschafts- und Verkehrsministerium für bestimmte energiepolitische Bereiche zuständig seien und naturgemäß alle Ministerien unterschiedliche Ziele verfolgten. Sie wendet sich direkt an Röttgen: „Sie sind zuständig für Kernenergie und erneuerbare Energien und Sie machen auch einen fantastischen Job, aber es gibt noch andere Themen. Wir brauchen einen verantwortlichen Ansprechpartner für die gesamte Energiepolitik.“





Die Behinderung des Flugverkehrs durch den Vulkanausbruch in Island sorgt dafür, dass Andreas Renner, Leiter der Berliner Repräsentanz der EnBW, kurzfristig für den Vorstandsvorsitzenden Hans-Peter Villis einspringt. Sein Vortrag ist in fünf Thesen gegliedert:

*Erstens: Es gibt keine nationalen Energiemärkte mehr.* Renner zeigt anhand verschiedener Indikatoren auf, wie die europäische Marktintegration unaufhaltsam voranschreite. Im grenzüberschreitenden Stromhandel gäbe es schon heute erhebliche Kuppelkapazitäten, die koordiniert vergeben würden. Die EU verfolge den Ansatz grenzüberschreitender Teilmärkte und forcieren auf diese Weise das physikalische Zusammenwachsen der Märkte.

*Zweitens: Deutschland profitiert vom Zusammenwachsen der Märkte.* Die Stärkung des Wettbewerbs sorge für geringere Preisschwankungen auf dem europäischen Markt, auf welchem sich immer mehr deutsche Unternehmen engagierten. Des Weiteren profitiere Deutschland von der Abfederung des lokalen Windüber- und -unterangebots. Der deutsche Verbundgrad (Anteil der Importkapazität an der im Inland installierten Kraftwerksleistung) läge mit 15% deutlich über dem EU-Ziel von 10%. Viele Großprojekte seien nur als europäische Kooperationsprojekte machbar, wie z.B. die Gaspipelines Nordstream und Nabucco und die Anbindung von Offshore-Windparks an das Festland.

*Drittens: Die wesentlichen energiepolitischen Vorgaben kommen aus Brüssel.* So basieren die Öffnung der Märkte, der Emissionshandel, die Energiedienstleistungsrichtlinie und das Effizienzgesetz alle auf EU-Vorgaben.

*Viertens: Nationale Alleingänge in der Energiepolitik können schädlich sein.* Renner betont, dass nationale Sonderbelastungen, wie Steuern oder Umlageverfahren, die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien gefährdeten. Mit Blick auf Kemfert warnt er davor, aus der Kernenergie auszusteigen und so die Kosten der deutschen Energieerzeugung zu erhöhen. Ein Atomausstieg würde unweigerlich zum Import von französischer Kernenergie und polnischem Kohlestrom führen.

*Fünftens: Deutschland sollte ein wesentlicher Impulsgeber für eine europäische Energiepolitik sein.* Renner lobt ausdrücklich das EEG als Modell für die europäische Regulierung. Er plädiert für die Entwicklung marktbasierter Lösungen, z.B. für Energieeffizienz. Länderübergreifende Pilotprojekte im Bereich Elektromobilität und die Entwicklung intelligenter Netze und Zähler seien wichtig für die Zukunft. Renners Fazit: „Klimaschutz, Versorgungssicherheit, offene Märkte und die Integration erneuerbarer Energien sind energiepolitische Herausforderungen mit europäischer Dimension. Lösungsansätze sollten nicht national fokussiert, sondern europäisch ausgerichtet sein.“

## Der Einfluss der Energiepolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie

Hans Hermann Nacke | Geschäftsführer Verband der Chemischen Industrie e.V.

Die Behinderung des Flugverkehrs sorgt auch dafür, dass Hans Hermann Nacke, Geschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie e.V. und Leiter der Abteilung Energie, Klima, Recht und Steuern, für den Hauptgeschäftsführer Dr. Utz Tillmann kurzfristig einspringt. Nacke stellt zunächst klar: „Deutschland ist ein Industrieland.“ Der Anteil

der Industrie am BIP steige in den letzten Jahren sogar, was zur Stabilität der Volkswirtschaft gerade in Zeiten der Finanzkrise beitrage.

Nacke weist ausdrücklich darauf hin, dass die energieintensiven Industrien den „Energie-Rucksack“ für die ande-

Hans Hermann Nacke



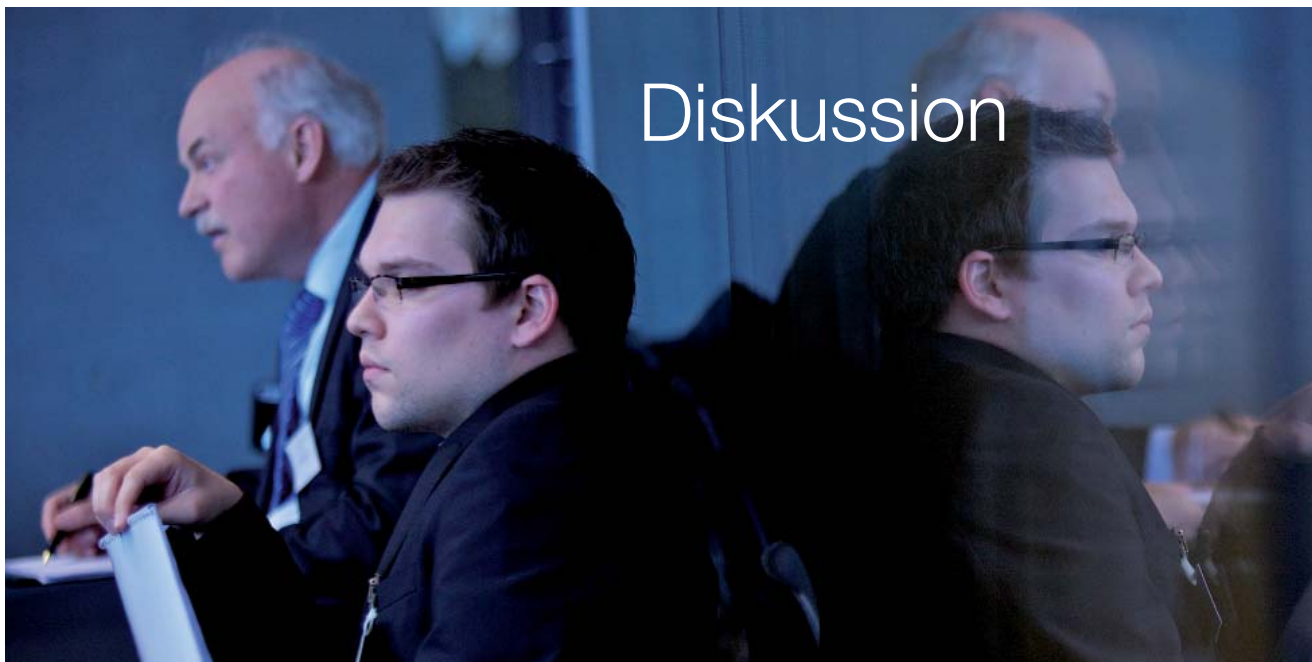
ren Wertschöpfungsstufen schultern, „auch für Windräder und Elektroautos“. Trotzdem läge der Anteil von Industrie und Bergbau am Endenergieverbrauch bei nur 28%. In den Branchen chemische Grundstoffe und Chemie lägen die Anteile der Energiekosten an der Bruttowertschöpfung bei 22,5% bzw. 11,9%. Beide zählten somit zu den energieintensiven Branchen.

Nacke stellt klar: „Die hohen Strompreise in Deutschland sind für die Chemie ein Wettbewerbsnachteil.“ Die deutschen Industriestrompreise zählten mit 9,22 Cent/kWh zu den höchsten in Europa – nur Italien habe noch höhere Preise. So betragen die Stromkosten der deutschen chemischen Industrie pro Jahr 2.620 Millionen Euro, davon entfielen 715 Millionen Euro auf staatliche Vorgaben, wie den Emissionshandel, das EEG, die Stromsteuer und die Kraft-Wärme-Kopplung. Die Belastung wäre noch höher, wenn es keine Entlastungsregelungen für die Industrie gäbe. Deswegen plädiert Nacke dafür, die Entlastungsregelungen fortzuführen und weist darauf hin: „Sie brauchen die Industrie auch, um das Elektroauto zu bauen.“

In Bezug auf den Klimaschutz habe die Chemie Produktion und Energieverbrauch erfolgreich entkoppelt. So sei die Produktion von 1990 bis 2007 um 57,2% gestiegen, der Energieverbrauch dagegen um 18,5% gefallen und die Treibhausgasemissionen sogar um 36,4% gesunken. Auch trügen viele Chemieprodukte zum Klimaschutz bei, wie z.B. Dämmmaterialien für Gebäude, effiziente Lichtquellen, Kunststoffe im Automobilbau und Niedrigtemperaturwaschmittel.

Das Ergebnis des Kopenhagen-Gipfels sei hingegen nicht zufriedenstellend. Die deutsche Vorreiterrolle im Klimaschutz habe sich nicht ausgezahlt, sondern zu finanziellen Belastungen und Jobverlusten geführt. Nacke spricht sich für eine weltweit verbindliche Regelung für CO<sub>2</sub>-Emissionen aus. Das energiepolitische Gesamtkonzept der Regierung müsse auf einen breiten Energiemix setzen, die Akzeptanz in der Bevölkerung verbessern, mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt herstellen, die Energieforschung steuerlich fördern und vor allem weiterhin für eine Begrenzung der Belastungen für die Industrie sorgen.





## Diskussion

Stiftungsvorstand Eilfort interessiert sich für die Verbindung zwischen der Frage nach dem herrschenden politischen System und den langfristig zu bewältigenden Herausforderungen wie z.B. dem Klimawandel. Er fragt Röttgen nach seiner Meinung zu der These, dass liberale Demokratien nicht die richtigen Strukturen besäßen, um mit diesen Herausforderungen fertig zu werden, und spitzt seine Frage polemisch zu: „Wären wir in Deutschland schon weiter mit dem Klimaschutz, wenn es am 9. Mai keine Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gäbe?“ Röttgen verneint diese politökonomischen Überlegungen und gibt zu bedenken, dass der Wähler zu klug für derartige politische Hinhaltenaktiken wäre. Zwar gäbe es eine weltweite Systemkonkurrenz, doch sei er nicht der Ansicht, dass autoritäre Systeme in irgendeiner Weise überlegen seien. Er befürworte die Demokratie aus seinem Menschenbild heraus. Außerdem würden die offenen westlichen Demokratien gerade aus ihrem breiten Diskurs heraus eine bessere Risikoeinschätzung vornehmen und sicherere Wege gehen, wodurch sie anderen Systemen eindeutig überlegen seien.

Der Bundesumweltminister wird aus dem Publikum gefragt, wieso die CDU/CSU-Fraktion nicht den Komplettumstieg auf erneuerbare Energien betreibe. Röttgen weist darauf hin, dass im Koalitionsvertrag eine klare Zieldefinition abgegeben wurde: „Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien.“ Sowohl Kernenergie als auch Kohle seien keine Zukunftsoptionen sondern würden sukzessive im Maß des Ausbaus der erneuerbaren Energien ersetzt. Diese Umstellung sei zwar mit volkswirtschaftlichen Gewinnen verbunden, aber naturgemäß gebe es unter den beteiligten Unternehmen sowohl Gewinner als auch Verlierer. Deswegen gebe es in der Gesellschaft und auch in

der CDU/CSU notwendige Diskussionen zu diesem Thema. Doch stünde seine Partei mittlerweile für eine „vernünftige, wertebewusste und ökonomische Position“.

In Bezug auf die Förderung der Photovoltaik und die Frage nach dem richtigen Maß der Förderung gibt Röttgen zu bedenken, dass die Branche selbst für 2013 die Netzparität angekündigt habe, also Solarstrom zu denselben Kosten wie konventionell erzeugter Strom hergestellt werde. Die Förderung durch das EEG sei als Markteinführung zu verstehen: „In dem Augenblick der Marktparität gibt es keine Förderung mehr.“ Auch besäße Deutschland durch die Photovoltaik eine Exporttechnologie, die in Länder wie Spanien, die in der Vergangenheit eine falsche Förderpolitik getätigt hätten, erfolgreich angeboten werden könnte. Franz Obermeier MdB (CSU) richtet an Höhn die Frage, ob nach ihrer Einschätzung in 15 bis 20 Jahren tatsächlich die heute schon marktgängigen Technologien im Energiebereich zur Anwendung kämen. Höhn erwidert, dass es zweifelsohne in der Zukunft neue Technologien gäbe, die man heute noch nicht kennen könne: „Doch der entscheidende Punkt ist, dass wir unsere Ziele mit den heutigen Technologien schon erreichen können – wir brauchen noch nicht einmal mehr neue.“ So gebe es zwar in den Bereichen Elektromobilität, intelligente Netze und Speicherkapazitäten noch Forschungsbedarf. Aber bei den erneuerbaren Energien sei schon viel passiert und die politisch gesetzten Ziele würden innerhalb kürzester Zeit am Markt übertroffen.

In Bezug auf die von Röttgen propagierte Brückenfunktion der Kernenergie gibt Höhn zu bedenken, dass es für ein Energieunternehmen, das ein abgeschriebenes Kernkraftwerk besäße, bei einer Laufzeitverlängerung keine Anreize



für Investitionen z.B. in Windparks gebe: „Deswegen sind Laufzeitverlängerungen eben keine Brücke mehr, sondern sie sind eine Mauer, weil sie die Investitionen in erneuerbare Energien behindern und nicht fördern.“ Röttgen hält dem entgegen, dass es die Funktion der Kernenergie wäre, auf dem Weg hin zu erneuerbaren Energien dafür zu sorgen, dass keine Stromversorgungslücke entstehe: „Wenn wir den heutigen Kapazitäten der nach Rechtslage abzuschaltenden Kernkraftwerke den geplanten Aufwuchs der erneuerbaren Energien gegenüberstellen, haben wir diese Gewährleistung nicht. Stattdessen drohen Lücken in der Stromversorgung.“ Denn trotz steigender Energieeffizienz gebe es gleichzeitig eine höhere Stromnachfrage. Mit dem geplanten Energiekonzept versuche die Bundesregierung schließlich als erste Regierung eine umfassende wissenschaftliche Berechnung zu erstellen, die die Grundlage für einen dynamischen Energiemix bilde.

Renner ergänzt, dass es aufgrund des im EEG festgelegten Vorranges der erneuerbaren Energien nicht zu erwarten sei, dass bei einer Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke Investitionen z.B. in Offshore-Windparks zurückgestellt würden. Er betont die Wichtigkeit der Investitionen in die Netz- und Speicherinfrastruktur und erinnert an die denkwürdige Nacht mit negativen Spotmarktpreisen von bis zu 199 Euro pro Megawattstunde: „Das bedeutet 180 Euro Produktionskosten plus minus 199 Euro Negativpreis, das sind fast 400 Euro! Das sind aber Ausnahmesituationen und nicht die Realität.“

Prof. Dr. Friedrich-Karl Ewert (Europäisches Institut für Klima und Energie) stellt sich auf die Seite der Klimaskeptiker: „Es gibt den Klimawandel nicht und es gibt auch keine CO<sub>2</sub>-Verursachung durch den Menschen.“ Er be-

dauert, dass es diesbezüglich keine offene Diskussion in Deutschland gebe. Höhn widerspricht entschieden: „Ich kann mich mit den Klimamodellen nicht 24 Stunden am Tag beschäftigen. Aber es gibt einen Diskussionsprozess des Weltklimarats, bei dem Tausende von Wissenschaftlern ihre Ergebnisse einbringen können – auch Sie –, die offen weltweit diskutiert werden. Ich muss dem vertrauen können.“ Röttgen stimmt ihr zu und vertritt die Ansicht, dass Politiker nicht selbst Physik- oder Biologieprofessoren sein müssten, um klimapolitische Themen erörtern zu können: „Der Politiker muss nur in der Lage sein, die gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussionen zu rezipieren und sich dann eine eigene Meinung bilden.“

Robert Soyka (Perspektive e.V.) stellt die Frage, ob es wirklich sinnvoll sei, heute schon die Energieversorgung für die nächsten 60 Jahre festzulegen angesichts der rasanten technologischen Fortschritte in diesem Bereich. Renner gibt zu bedenken, dass Unternehmen bei Großinvestitionen in Höhe von 1,2 bis 1,3 Milliarden Euro pro Kohlekraftwerk die Rendite und die Rekapitalisierung beachten und insofern langfristig planen müssen. Kemfert stimmt Soyka insofern zu, dass man nicht die Energieerzeugungsstruktur der nächsten 60 Jahre vollständig festschreiben könne, und stellt fest: „Aber die Konzerne sind abhängig von den politischen Entscheidungen. Wenn z.B. der Emissionshandel deutlich verschärft wird, wird ein Kohlekraftwerk teurer. Die Politik ist gefragt, diese Signale auch zu geben und die entsprechenden Rahmenbedingungen festzuschreiben. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, welche Kraftwerksstruktur wir in der Zukunft wollen und welche Klimaziele erfüllt werden sollen. Die Konzerne brauchen Planungssicherheit und sind davon abhängig, dass die Politik jetzt die Zeichen setzt.“



Das Podium: Andreas Renner, Prof. Dr. Michael Eilfort, Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen MdB, Bärbel Höhn MdB, Prof. Dr. Claudia Kemfert, Dr. Lutz Peters und Hans Hermann Nacke (v.l.n.r.).

### Impressum: